



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Kanzlerrede vom 2. März und England.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Kanzlerrede vom 2. März und England.



Am 2. März hielt Fürst Bismarck im Reichstage eine Rede, die wir seinen bedeutendsten Leistungen auf dem Gebiete der parlamentarischen Diskussion beizählen, und von der wir hoffen, daß sie mit ihrem mächtigen Appell an das patriotische Gefühl des deutschen Volkes tiefer und nachhaltiger wirken werde als auf die vielfach von kleinlichen Parteirücksichten verblendete und bethörte Versammlung, an welche sie zunächst gerichtet war. In folgendem betrachten wir dieselbe aber nicht sowohl nach dieser Wendung, als nach der nicht weniger wichtigen, wo der Kanzler über die Grenzen Deutschlands hinaus sprach und Aufschluß über seine Stellung zur Politik der englischen Regierung erteilte.

Lord Granville hatte im Oberhause geäußert, die vom deutschen Reichskanzler erhobenen Ansprüche zielten dahin, England zum Verzicht auf alles freie Handeln in kolonialen Angelegenheiten zu nötigen — eine Übertreibung, die, verglichen mit dem bescheidenen Auftreten der deutschen Politik auf diesem Gebiete, sofort in die Augen springt.

Der britische Minister des Auswärtigen hatte ferner behauptet, der Reichskanzler nehme zu dem Verfahren Englands in Ägypten eine ungünstige Stellung ein, und zwar deshalb, weil sein Rat, sich Ägyptens zu bemächtigen, von der britischen Regierung nicht befolgt worden sei — ein Vorwurf, der, wie man vermuten durfte, in der Absicht erhoben wurde, in Frankreich zu verstimmen und mißtrauisch zu machen, der aber nach der Rede des Fürsten, sowie nach anderem, was wir wissen, jeder Begründung entbehrt. Der deutsche Kanzler hat der englischen Regierung in Sachen Ägyptens niemals jenen Rat, ja er hat ihr in dieser Hinsicht überhaupt keinen Rat erteilt, obwohl er wiederholt darum angegangen

worden ist. Er hat, weiter gedrängt, wenigstens einen Wink zu geben, was geschehen könne, nur eine Meinung geäußert, die folgenden Gedankengang hatte. England bedarf in Ägypten, diesem Bindegliede zwischen seinen europäischen und asiatischen Besitzungen, einer gewissen sichern Stellung. Eine Annexion des Landes aber ist in diesem Augenblicke nicht zu empfehlen, da sie ein gespanntes Verhältnis zu mehreren europäischen Mächten, zum Sultan und zu dem gesamten Muhamedanismus zur Folge haben würde. Dagegen kann man durch den Sultan die wünschenswerte sichere und einflußreiche Stellung am Nil gewinnen. Diese Form würde bei andern Nationen kaum Anstoß erregen, da sie einerseits nicht gegen die Verträge wäre, andererseits den französischen und englischen Bondholders, diesen Hauptinteressenten an den ägyptischen Finanzen, eine geschickte und geordnete Verwaltung durch britische Beamte verhiesse. So würde eine Verstimmung zwischen England und Frankreich vermieden werden, und das ist für Deutschland in erster Linie, dann aber für ganz Europa dringend zu wünschen. Zieht England einer Besiznahme Ägyptens im Einvernehmen mit der Pforte und unter der Suzeränität des Sultans die direkte Annexion vor, so wird Deutschland das nicht verhindern, da ihm die Freundschaft mit England wichtiger ist als das zukünftige Schicksal Ägyptens.

Der Kanzler hat also nicht nur nicht geraten, Ägypten zu nehmen, sondern davor gewarnt, Vorsicht und Achtung vor den Verträgen, sowie vor den Rechten des Sultans empfohlen und schließlich die Erledigung der Sache für alleinige Obliegenheit der englischen Regierung erklärt. Das ist der geschichtliche Hergang dieser Episode, jede andre Darstellung ist Mißverständnis oder Verdrehung mit der Absicht, die Franzosen irrezuführen und dem neuerdings hergestellten guten Einvernehmen mit Deutschland abgeneigt zu machen.

Dieselbe Absicht hat, so sagte man sich bisher, wohl auch zu der Indiskretion bewogen, mit welcher die jüngst ausgegebenen englischen Blaubücher vertrauliche Besprechungen britischer Diplomaten mit dem leitenden deutschen Staatsmanne veröffentlicht haben. Der diplomatische Verkehr mit der deutschen Regierung wird englischerseits gegenwärtig fast ausschließlich in schriftlicher Form, d. h. in Gestalt von Noten, betrieben, die in London redigirt, dann an den Botschafter in Berlin gesandt und von diesem dem Reichskanzler entweder vorgelesen oder übergeben werden. Der Reichskanzler hält den mündlichen Verkehr für zweckmäßiger, er hat gefunden, daß es, wenn man diplomatische Geschäfte zu machen beabsichtigt, geraten ist, erst mündlich zu sondiren, welche Aufnahme eine Eröffnung zu erwarten hat. Der Gesandte oder Botschafter kennt den fremden Hof, die fremde Politik genauer als sein Minister daheim, er kann besser als dieser herausfühlen und vorbereiten. Merkt er, daß die betreffende Eröffnung keiner günstigen Aufnahme sicher ist, so kann er sie fallen lassen oder abändern. Auf diesem Wege werden Verlegenheiten und verdrießliche Enttäuschungen vermieden. Derselbe setzt aber Diskretion und Vertrauen voraus;

kann man bei jenen Vorverhandlungen nur Dinge sagen, die sofort veröffentlicht werden dürfen, so sind solche Verhandlungen zwecklos, und man thut wohl, sie zu unterlassen und nur auf die englische Weise diplomatisch zu verkehren, wobei im Grunde der kostspielige Gesandte entbehrlich ist und ein Briefträger genügt. Im vorliegenden Falle nun besaß Fürst Bismarck dem Lord Amthill gegenüber jenes Vertrauen, welches Offenheit gestattet; auch fand er zunächst keine Ursache, es dessen Nachfolger, Sir Edward Malet, zu versagen, und so stand er nicht an, demselben rückhaltlos anzudeuten, daß ihm an Englands Freundschaft gelegen sei, und daß er sie aufrichtig erstrebe. Der Maletsche Bericht hierüber wurde aber in den Blaubüchern sogleich auszugsweise veröffentlicht, eine Indiskretion, die sich nur mit der Absicht Lord Granvilles erklären zu lassen schien, in Frankreich Mißtrauen gegen die deutsche Politik zu erwecken. Die englische Regierung hofft, so durfte man vermuten, Frankreich ihren Plänen gefügiger zu sehen, wenn dieses ein unfreundliches Deutschland neben sich hat. Stehen beide ungefähr gleich starke Mächte sich feindlich gegenüber, so wird der Überschuß an Kraft, den die eine noch gegen eine dritte verwenden könnte, nicht bedeutend sein. Daher die Veröffentlichung des Maletschen Berichts. Aber die Berechnung, die dem wahrscheinlich zu grunde lag, war eine durchaus irrige. Die Depesche des britischen Botschafters bewies nur aufs neue die Geradheit der deutschen Politik. Am 5. Mai v. J. wurde der Vertreter Deutschlands in London beauftragt, zu verstehen zu geben, wenn England eine Verständigung mit uns ablehne, so würden wir es mit einer Annäherung an Frankreich versuchen, und als man sich in Berlin überzeugte, daß England sich wirklich dem deutschen Entgegenkommen versagte, wurde jener Weg ohne Zögern eingeschlagen. Die Welt weiß, daß er zu guten Erfolgen geführt hat, zunächst zu einem Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich über die Kongofrage und über die westafrikanische Konferenz, dann auch über die ägyptische Angelegenheit. Hierin liegt nichts, was die Franzosen irgendwie mißtrauisch gegen die Berliner Politik stimmen könnte, und der Maletsche Bericht selbst zeigt ihnen, daß der Versuch, das gute Verhältnis zwischen ihrer Regierung und der unsrigen wieder zu lockern, von Fürst Bismarck unter ausdrücklicher Beziehung auf die Frankreich gegenüber bestehenden Verpflichtungen abgewiesen wurde.

Der Reichskanzler sprach gegen den Schluß seiner Rede hin die Hoffnung aus, daß diese Episode samt der Verstimmung, die sich in England an sie knüpfe, bald vorübergehen werde, und fuhr dann fort: „Ich suche ihren Grund in der Erfahrung, daß man, wenn man überhaupt in übler Laune ist, die Ursache der Ereignisse, über die man verdrießlich ist, immer lieber bei andern als bei sich selbst sucht. Aber ich werde thun, was in meinen Kräften steht, um sine ira et studio in der versöhnlichsten Weise die Sache wieder in das Geleis ruhigen und freundschaftlichen Verkehrs zu bringen, der zwischen uns und

England jederzeit bestanden hat und der natürliche ist, weil keiner von beiden vitale Interessen hat, die denen des andern widersprechen.“

Wir teilen die hier ausgesprochene Hoffnung, zweifeln aber, ob eine Verständigung von Dauer sein wird, solange in England die Unentschlossenheit und Unzuverlässigkeit und die alteingewurzelte Abneigung gegen Deutschland und Oesterreich am Ruder des Staates stehen, welche die hervorstechenden Charakterzüge des Kabinetts Gladstone ausmachen, und sind der Meinung, daß eine solche Verständigung niemals auf Kosten der Pflichten stattfinden wird, die wir jetzt Frankreich gegenüber zu erfüllen haben. Die Entfremdung zwischen Deutschland und England datirt nicht von gestern. Ihr Ursprung ist vielmehr in den Tendenzen zu suchen, welche die gegenwärtige liberale Regierung des letzteren von Anfang an kundgab. Gladstone und Genossen kamen ins Amt mit einer starken Hinneigung zu Frankreich, der Republik, und zu Rußland, das sich ihnen als Befreier der christlichen Slaven von der Herrschaft der Pforte empfahl. Ein näheres Verhältnis zu erstem war für sie allerdings in gewissem Maße bereits durch Lord Salisbury angebahnt worden, welcher die Doppelkontrolle am Nil entwickelt und in den ägyptischen Angelegenheiten überhaupt Hand in Hand mit der Republik überm Kanal zu gehen sich bemüht hatte. Andererseits freilich hatte Lord Beaconsfield 1878 den Wunsch nach näherem Zusammengehen mit Deutschland an den Tag gelegt und einiges gethan, was die Verbindung mit Frankreich lockerte. Als die Liberalen das Szepter in die Hand bekamen, erkaltete die Freundschaft Englands zu Deutschland sofort merklich. In Frankreich war jetzt ungefähr ausgeprägt, was die Liberalen und die mit ihnen vereinigten Radikalen als Ideal im Herzen trugen, und zudem erschien es ihnen als die stärkere Macht. Gambetta war Gegenstand ihrer Verehrung. Auf alle Fälle erschien ihnen ein Zusammenhalten mit der französischen Fortschrittspartei leichter und naturgemäßer als ein solches mit den „Militärmonarchien“ Mitteleuropas. Die Traditionen der Partei schlossen eine feindselige Haltung gegen Oesterreich ein, und Deutschland war ihr mindestens unsympathisch. So war denn das Hauptbestreben des Ministeriums Gladstone von Anfang an ein enges Freundschaftsverhältnis zu der französischen Politik, und als Fürst Bismarck sich in seinem Bestreben, den Weltfrieden immer sicherer zu stellen, bemühte, auch England indirekt zur Verbürgung desselben zu gewinnen, begegneten seine Andeutungen einer kühlen Ablehnung. In England weiß man jetzt wohl ziemlich allgemein, daß die Wahl Gladstones nicht die rechte war. Ziemlich allgemein sagt man sich dort, wenn man zurückblickt, daß das Zusammengehen mit Frankreich den englischen Interessen wenig Segen gebracht hat. Es führte, so vergegenwärtigen sich nicht bloß die Gegner Gladstones, sondern auch Freunde desselben die jüngste Vergangenheit, 1882 zu gemeinschaftlicher Drohung, dann zu gemeinschaftlicher Flottendemonstration in der ägyptischen Frage, und schließlich dampften die französischen Panzerschiffe unversehens von dannen und ließen die

englische Flotte vor den Batterien Alexandriens im Stiche. Seitdem hat Frankreich — wir lassen englische Politiker hier weitersprechen — statt uns in Kairo zu unterstützen, bei allen Protesten gegen uns den Wortführer gemacht, und seine auswärtige Diplomatie hat unsern Finanzplan vereitelt. Um den Franzosen zu gefallen, hatte Salisbury mit Frankreich dem Chedive Ismail Bezahlung des Coupons empfohlen, dann in dessen Absehung gewilligt und die Doppelfontrolle weiter ausgedehnt. Granville folgte ihm mit jener drohenden Note und jener Seeexpedition nach Ägypten. Und was war der Lohn? Man ließ uns vor Alexandrien allein, und man machte uns Opposition an allen Höfen Europas. Zu gunsten dieses Verbündeten, der sich stets unzuverlässig zeigte, sich immer zuletzt gegen uns wandte, haben wir uns den größten Staatsmann des Jahrhunderts zum Gegner gemacht, und es ist hohe Zeit, umzukehren. „Wir müssen, sagt der konservative Daily Telegraph, so verfahren, wie Lord Palmerston 1859 verfuhr. Er hatte 1855 und 1858 dem Bündnis mit Frankreich viel geopfert und im letzteren Jahre durch seine Nachgiebigkeit gegen Graf Walewski sogar an Macht eingebüßt. Als aber Frankreich Savoyen sich einverleibte, veränderten die englischen Staatsmänner ihre Taktik, sie näherten sich sofort den deutschen Staaten, und Lord Russell ging sogar soweit, Cavour vor der Hoffnung auf die Erwerbung Venetiens zu warnen. Keine empfindsame Liebe zur Sache Italiens, kein alter Groll gegen Wien hinderte Palmerston, Österreich gegen Frankreich auszuspielen, als Napoleon der Dritte, die öffentliche Meinung in England mißachtend, Savoyen und Nizza in Besitz genommen hatte. Von jetzt an war die englische Politik unabhängig, und Frankreich wurde in Schach gehalten. Wir bedürfen und verlangen jetzt eine ähnliche Umkehr von jener unverständigen Bevorzugung der französischen Allianz, die Lord Salisbury zu dem Mißgriffe der doppelten Kontrolle verleitete, die Lord Granville bewog, in etwas zu willigen, was wie vielköpfige Kontrolle aussieht, die uns endlich Deutschland entfremdet hat.“

Wir finden hieran nur eins auszusetzen: Ein gutes Verhältnis Englands zu Deutschland erfordert nicht, wie dieses Raisonement annimmt, ein feindliches zu Frankreich, schließt ein solches vielmehr aus; es verlangt auf seiten der Engländer einfach Mäßigung und Billigkeit, willige Anerkennung fremder Bedürfnisse und Rechte, zunächst der deutschen und der französischen. Deutschland von Frankreich zu trennen wird englischem Zureden schwerlich gelingen. Der Reichskanzler war, solange Frankreichs Regierung ihm gegenüberstand, durchaus berechtigt, ja im Interesse des Friedens verpflichtet, um ein Bündnis mit England zu werben. Seit er sich mit Frankreich in der Art verständigt hat, daß dieses als neben Deutschland stehend bezeichnet werden darf, kann England nur noch insoweit ein Freund Deutschlands werden, als es kein unveröhnlicher Gegner Frankreichs ist und bleiben will. Es muß sich jetzt begnügen, die Ursachen der jüngsten Verstimmung Deutschlands hinwegzuräumen und ferner

keinen Grund zu Klagen zu geben, woran es auf dem Gebiete der Kolonialpolitik bisher bekanntlich nicht mangelte.

In ersterer Hinsicht ist ein guter Anfang gemacht worden, der zunächst auf vernünftige Beurteilung der Sachlage selbst von seiten der radikalen Elemente des Kabinetts Gladstone schließen läßt. Die Pall Mall Gazette, das Organ dieser Politiker, gestand in diesen Tagen, daß denselben die Feindseligkeit Bismarcks viel bedenklicher erscheine als sogar ein Bruch mit Rußland wegen Herat; denn der deutsche Reichskanzler sei bei weitem der mächtigste Mann der Welt und sein Wort Gesetz von Moskau bis Paris. Wäre auch ein Krieg zwischen England und Deutschland nicht zu befürchten, so würde doch in ersterem nichts recht von statten gehen, so lange man „im Mittelpunkte der europäischen Macht“ englische Staatsmänner nicht anders beurteile, als in der letzten Rede Bismarcks geschehen. Das scheint auch Herrn Gladstone endlich klar geworden zu sein, und daran scheint sich bei ihm der Gedanke geknüpft zu haben, daß in dieser Richtung etwas Ungewöhnliches gethan werden müsse. Man mußte nachgeben, eine Vermittlung herbeizuführen suchen, und da England vermutlich keinen dazu recht geeigneten Diplomaten besaß, bat man sich in Berlin einen aus, und zwar in Gestalt des ältern Sohnes des Kanzlers, der die Ansichten und Absichten des letzteren kennen und selbstverständlich dessen Vertrauen besitzen mußte. So reiste denn Graf Herbert Bismarck, nachdem er beim Kaiser eine Audienz gehabt, Mitte voriger Woche nach London ab, wo er alsbald eine Unterredung mit Lord Granville hatte, welche befriedigend verlief. Am 6. März gab Granville dann im Oberhause eine Erklärung ab, in welcher er u. a. sagte, er werde dem deutschen Reichskanzler auf dem regelmäßigen Wege darzuthun suchen, daß dem Verfahren der englischen Regierung in Betreff der Depeschen eine Deutung gegeben werden könne, die von der seinigen verschieden sei. Hinsichtlich der Rede, die er im Oberhause unter dem Druck eines heftigen parlamentarischen Angriffs gehalten, und die dem Fürsten Bismarck Verdruß bereitet habe, bemerkte er, daß sie keinen andern Zweck verfolgt habe, als den Vorwurf eines Redners der Opposition zurückzuweisen, nachdem die Politik der Regierung so schlecht gewesen sein solle, daß sie ein großer auswärtiger Staatsmann verurteilt habe. Habe er hinzugefügt, daß dieser Redner nicht erwarten dürfe, England werde alle Freiheit des Handelns in fremden und kolonialen Fragen aufgeben, so habe dies nicht dem Fürsten Bismarck gegolten. Der letztere habe sich dann beklagt, daß er, Granville, einen Rat oder vielmehr Ansichten inkorrekt wiedergegeben, die er, selbst wenn sie wahr wären, zu erwähnen nicht berechtigt gewesen sei, da sie höchst vertraulicher Natur gewesen seien. Statt der Worte: „Nehmt Agypten“ habe er wahrscheinlich einen bessern Ausdruck anwenden können. Der Minister fuhr dann fort: „Es wurde angenommen, daß das von mir hinsichtlich des Rates oder der Ansichten Gesagte sich auf sehr vertrauliche und sehr freundschaftliche Mitteilungen gestützt

habe, die 1882 erfolgt seien. Ich wies aber nicht auf die vertraulichen und freundschaftlichen Mitteilungen hin, deren Fürst Bismarck im Reichstage gedachte, sondern auf spätere nicht vertrauliche Erklärungen, die mir auszudrücken scheinen, daß vor zwei Jahren die deutsche Regierung gewünscht und gehofft habe, England werde die Vertretung der Interessen Europas in Ägypten für die Zukunft übernehmen, womit ich nicht anzudeuten wünsche, daß diese Hoffnung in einer Weise ausgedrückt worden sei, die mit den bestehenden Verträgen unvereinbar wäre. . . . Das Oberhaus wird mit Befriedigung die Schlußworte des Fürsten Bismarck über die zukünftigen Beziehungen der beiden Nationen zu einander bemerkt haben, die umso eindrucksvoller sind, als sie in einem Augenblicke der Erregung gesprochen wurden. Man scheint in Deutschland zu argwöhnen, daß wir die jetzige Stellung dieses großen Volkes nicht vollständig erkennen. Ich glaube im Gegenteil, daß es kein Land giebt, wo alle Klassen der Bevölkerung mehr und freundiger die hochwichtige Stellung würdigen, die Deutschland seit seiner Einigung in Europa inne hat. Ich glaube, daß es im Interesse Europas liegt, wenn die Beziehungen Deutschlands zu England und nicht minder zu Frankreich und andern Nachbarn gute sind. Ich bin überzeugt, daß es mehr als je im Interesse Deutschlands und Englands liegt, gut mit einander zu stehen, zu einer Zeit, wo wir in Begriffe sind, einander fast in jedem Weltteile zu begegnen. . . . Ich erkläre mit voller Aufrichtigkeit, daß alle meine Bestrebungen darauf gerichtet sein werden, die versöhnliche Politik, die uns der Reichskanzler Fürst Bismarck angedeutet hat, soweit meine Macht reicht, auszuführen" — Schlußworte, welche die Lords mit langdauernden Beifallsbezeugungen begleiteten.

Diese Erklärung läßt kaum mehr zu wünschen übrig, als daß man nach dem, was sie glaubt und spricht, in Zukunft auch zu handeln bemüht sein möge. Das Cabinet Gladstone-Granville hat vielleicht mehr aus Unfähigkeit als aus bösem Willen viel verfahren. Es befindet sich infolge dessen in schlimmer Lage. Die öffentliche Meinung in England ist fast einmütig gegen den Fortbestand dieser Regierung, und obwohl dieselbe beschlossen hat, vorläufig im Amte zu verbleiben, sind ihre Tage gezählt, und wahrscheinlich wird es schon mit ihr ein Ende nehmen, wenn das Parlament die Kredite für Ägypten bewilligen soll, denn das hier von Gladstone u. Co. geleistete Fiasko hat bis jetzt bereits 20 Millionen Pfund, nach deutschem Gelde 400 Millionen Mark, gekostet.

